

Aus der Landesgeschäftsstelle

<u>Sachspenden bitte in Geldspenden umwandeln</u> In Urlaubs- und Coronazeit verursachen Sachspenden erhebliche Probleme	2
<u>Arme Menschen brauchen mehr finanzielle Unterstützung</u> Die Diakonie Württemberg fordert eine deutliche Erhöhung der Hartz-IV-Sätze	3
<u>Menschenrechte müssen auch an den Außengrenzen Europas gelten</u> Diakonie schreibt an EU-Kommissarin Ylva Johansson	4
<u>Weihnachten in der Diakonie in Württemberg</u> Vielfältige Angebote unter Corona-Bedingungen	5
<u>Fachberatungsstelle für Prostituierte droht das Aus</u> Kommunen und Land müssen Beratungsarbeit für Prostituierte sichern	9
<u>Personalmangel belastet Pflege in der Pandemie</u> Umfrage der Diakonie Deutschland zur Belastung der Pflegekräfte	10
<u>Projektstart „Mit und für Roma im Donauraum“</u> Grenzüberschreitend und inklusiv	11

Aus den Regionen

<u>Mehrbelastungen durch Corona auch in finanzieller Hinsicht</u> Die Diakonie Stetten kämpft mit corona-bedingten Mehrkosten und Mindereinnahmen	12
<u>Suchtselbsthilfe ist systemrelevant</u> Gruppentreffen dürfen auch während des Lockdowns stattfinden	14
<u>„Wir wollen ein Ort für die äußere und innere Sicherheit sein“</u> Traumapädagogik der Berufsschule der Paulinenpflege hilft Geflüchteten	15
<u>Wichtige gesellschaftliche Aufgabe</u> Neun neue Inklusionsbegleitende im Kurs „Zamma“ ausgebildet	17
<u>Dank Belev als „familienbewusstes Unternehmen ausgezeichnet</u> Diakonie ambulant, Murrhardt, erhielt vom Land einen „Sonderpreis Pflege“	18
Kurznachrichten	19
Personalnachrichten	21

Sachspenden bitte in Geldspenden umwandeln**Die Diakonie Württemberg hat an Spendenwillige appelliert, über den Jahreswechsel Sachspenden in finanzielle Unterstützung umzuwandeln.**

Stuttgart. „Grundsätzlich freuen sich Einrichtungen der Diakonie in Württemberg natürlich über Spenden. Mit der Verarbeitung von Sachspenden haben sie jedoch im Moment Schwierigkeiten“, sagt Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg. Sozialkaufhäuser und Diakonieläden mussten im Lockdown schließen, die Spenden können nicht angenommen, verarbeitet und weitergegeben werden. „Für die Diakonie ist oberstes Ziel, dass Spenden bei den Menschen ankommen. Das können wir im Moment bei Geldspenden einfacher lösen.“

Hannes Finkbeiner, Geschäftsführer der Aufbaugilde Heilbronn, die ein großes Sozialkaufhaus betreibt, bekräftigt: „Wir sind überwältigt von der großen Hilfsbereitschaft. Uns sind Lebensmittel, Hygieneartikel und Secondhandwaren in noch nie da gewesener Menge gebracht worden. Jetzt stehen wir aber angesichts von Sachspenden vor Problemen.“ Mit der erneuten Schließung des Sozialkaufhauses könnten Sachspenden nicht mehr bearbeitet werden. Viele Menschen seien mehr zuhause, sortierten aus und wollten spenden. „Dass wir nichts annehmen dürfen, verstehen leider nicht alle.“ Auch Essen für Wohnungslose könne nicht angenommen werden, weil dies den Hygieneanforderungen widerspreche.

Die Aufbaugilde und andere Einrichtungen der Arbeits- und Wohnungslosenhilfe sind beispielsweise – wegen der Ausgangsbeschränkung noch mehr – gefragt, Räumlichkeiten für Menschen ohne Wohnung und Betreuung zu stellen. Auch dafür sind diese Einrichtungen auf Spenden angewiesen. pm

Weitere Informationen: Claudia Mann, Pressesprecherin, Tel.: 0711 1656-334, E-Mail: mann.c@diakonie-wuerttemberg.de

Arme Menschen brauchen mehr finanzielle Unterstützung

Die Corona-Krise macht nach Ansicht der Diakonie Württemberg deutlich, dass die für den Jahresbeginn 2021 geplanten Regelsätze für Menschen im Hartz IV-Bezug deutlich erhöht werden müssen. „Gerade die Menschen, die am Rand des Existenzminimums leben, sind jetzt besonders hart getroffen. Hier braucht es eine bedarfsgerechte Erhöhung der Grundversicherung, um ein menschwürdiges Leben zu ermöglichen“, so Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg.

Stuttgart. Die Diakonie spricht sich schon lange dafür aus, Menschen im Hartz-IV-Bezug ein Mehr an Lebensqualität und an Chancen auf soziale Teilhabe zu ermöglichen. „Die Anhebung der Regelsätze um 14 Euro für Erwachsene ab 2021 ist nicht an den tatsächlichen Bedarfen orientiert. Zur Vorbeugung und Bekämpfung von Armut ist es notwendig, die Regelbedarfe so zu ermitteln, dass ein menschenwürdiges Dasein, die Befriedigung von Grundbedürfnissen und gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet sind“, so Annette Noller.

Die Diakonie Deutschland hat jetzt eine Alternative zur bisherigen Berechnung der Hartz IV-Sätze vorgestellt. Das Modell wurde von der Verteilungsforscherin Dr. Irene Becker erarbeitet. Es will „ein realistisches Existenzminimum“ gewährleisten. „Das neue Verfahren belässt einen politischen Entscheidungsspielraum, stellt aber auch sicher, dass der Abstand zwischen dem Existenzminimum und dem mittleren Lebensstandard nicht zu groß ist. Es ist transparent und nimmt keine willkürlichen Kürzungen vor“, sagt Gutachterin Dr. Irene Becker.

Nach dieser Methode sind Haushalte mit einem Sozialleistungsanspruch nicht Teil der statistischen Vergleichsgruppe. In die Regelsatzermittlung fließen zudem nur Ausgaben ein, die sinnvoll als Pauschalen gestaltet werden könnten. Lebensfremde Annahmen wie das jahrelange Sparen auf einen Kühlschrank entfallen. Kostenintensive Anschaffungen werden gesondert finanziert. Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen sind die ab 2021 vorgesehenen Regelsätze bis rund 180 Euro zu niedrig.

Ausführliche Informationen über das Alternativmodell der Diakonie Deutschland zur Berechnung der Hartz IV-Sätze finden Sie im Internet: <https://www.diakonie.de/pressemeldungen/hartz-iv-saetze-lebensnah-berechnen-diakonie-stellt-alternativ-modell-vor>

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de

Menschenrechte müssen auch an den Außengrenzen Europas gelten

Anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte (10. Dezember) appelliert die Diakonie Württemberg in einem Schreiben an EU-Kommissarin Ylva Johansson, sich für eine humanitär orientierte Flüchtlingspolitik in Europa einzusetzen.

Stuttgart. Aus Sicht der Diakonie Württemberg sind die im „Neuen Pakt für Flucht und Migration“ vorgelegten Gesetzesvorschläge menschenrechtlich äußerst bedenkliche Verschärfungen des EU-Asylrechts.

„Statt die eigenen Grenzen zu schützen, sollten die europäischen Anstrengungen dem Schutz von Menschen gelten, die Schutz suchen“, schreibt Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg, an die EU-Kommissarin.

Die Würde und das Recht schutzsuchender Menschen auf ein faires Asylverfahren sieht die Diakoniechefin insbesondere angetastet durch die Pläne für weitere Großlager an den Außengrenzen Europas, das Festhalten am Grundsatz der bisherigen Dublin-Regelung – mit der Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens beim Staat der ersten Einreise –, Asyl-Schnellverfahren sowie die Erklärung unsicherer Staaten außerhalb der EU zu „sicheren Drittstaaten“. Ein faires Asylverfahren sei unter diesen Bedingungen nicht möglich. Auch müsse der seit langem und von vielen Seiten geforderte und dringend benötigte gerechte und verpflichtende Verteilmechanismus von Asylsuchenden unter den EU-Staaten endlich Gestalt gewinnen.

Die Diakonie Württemberg zeigt sich zutiefst erschüttert über die Situation und die katastrophalen Lebensbedingungen im Lager Kara Tepe. Zum Beispiel fehlt es an Heizung und Strom, es hat keine Duschkabellen in diesem Lager, die Menschen müssen sich auch in der kalten Jahreszeit im nahe gelegenen Meer waschen. Besonders hart betroffen sind traumatisierte Personen, Kinder, kranke und alte Menschen. Großlager werden nach den Erfahrungen der Diakonie und ihrer Partner in Griechenland in kürzester Zeit zu Elendslagern, die auch den sozialen Frieden in der Nachbarschaft und in der gesamten Region negativ beeinflussen.

„Mit der Würde der geflüchteten Menschen geht es zugleich auch um die Würde Europas und die Gültigkeit und den Bestand seiner Werteordnungen“, schreibt Oberkirchenrätin Noller weiter.

Die Diakonie Württemberg appelliert an EU-Kommissarin Johansson, sich einzusetzen

- für legale und sichere Zugangswege für Schutzsuchende nach Europa
- für menschenwürdige Aufnahmebedingungen und die Vermeidung von Großlagern an den Außengrenzen
- für ein faires Asylverfahren von Anfang an
- für einen gerechten und verpflichtenden Verteilmodus schutzsuchender Menschen in den Staaten der EU
- für den Ausbau von Resettlement-Programmen und weiteren zusätzlichen humanitären Aufnahmeprogrammen in den Staaten Europas.

Weitere Informationen: Dr. Birgit Susanne Dinzinger, Abteilungsleiterin Migration und Internationale Diakonie, Tel.: 0711 1656-377, E-Mail: dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de

Weihnachten in der Diakonie in Württemberg

Die Diakonie in Württemberg feiert Weihnachten – auch in diesem Jahr.

Stuttgart. „Wir freuen uns, dass Bewohnerinnen und Bewohner im weihnachtlich geschmückten Pflegeheim in Gruppen zusammen feiern können. Oder dass Menschen ohne Wohnung ein Essen und eine Geschenktüte bekommen“, sagt Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg. Die Mitarbeitenden der diakonischen Einrichtungen, auch der Hauswirtschaft, machten dies möglich, auch wenn sie in dieser Zeit in Pflege und Betreuung besonders herausgefordert seien. „Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen einen tollen Job, durch sie wird erlebbar, was Diakonie meint: sich dem Nächsten zuwenden, auf die Bedürfnisse derer eingehen, die Unterstützung brauchen und schwere Zeiten miteinander bestehen.“

Es werde keine Weihnacht wie die Jahre zuvor, so Noller: „Wir wollen aber so viel Raum für Nähe schaffen wie möglich – und so viel Sicherheit wie nötig und vorgeschrieben gewährleisten.“. Diese Situation sei eine große Herausforderung für die Einrichtungen und Dienste. „Dieses Jahr hat unsere Mitarbeitenden viel Kraft gekostet. Sie haben hohen Einsatz gezeigt – und mancher hat in seinem Dienst auch seine Gesundheit riskiert. Das wollen wir nicht vergessen und sind dankbar dafür. Auch die Menschen, die in der Diakonie betreut und gepflegt werden, haben ein Jahr mit Beschränkungen und gesundheitlichen Gefährdungen hinter sich. Wir wollen für die Weihnachtstage Kraft schöpfen aus dem Geist, der uns trägt. In der Bibel wird erzählt, dass die Engel an Weihnachten zu den Menschen kommen und sagen: `Fürchtet euch nicht!‘“

„Unsere Mitarbeitenden finden Wege, um trotz widriger Umstände weihnachtliche Stimmung zu ermöglichen“, sagt die Vorstandsvorsitzende der württembergischen Diakonie. In den meisten Einrichtungen gibt es für kleine Gruppen kleine Feiern mit Gebäck an geschmückten Tischen und Angebote über die Weihnachtstage. Ambulante Dienste verteilen Geschenktüten oder geben ein Essen zum Mitnehmen aus. Besuche darf es geben, Regelungen vermeiden es, dass sich zu viele Menschen in den Heimen aufhalten, auch Tests sollen ein wenig Sicherheit geben.

Einige Blitzlichter aus der Praxis:

Altenhilfe

Für die Bewohnerinnen und Bewohner der Pflegeheime und anderer Wohnangebote, wie betreutes Wohnen oder Pflege-Wohngemeinschaften gibt es Feiern und Gottesdienste, die in Kleingruppen besucht oder über Fernsehse oder Laptop in die Zimmer übertragen werden. Wer über Weihnachten zu Angehörigen gehen will, wird bei Rückkehr ins Pflegeheim getestet.

Beispiele für Angebote während der Weihnachtszeit:

- wöchentliches Weihnachtsskino bei Punsch, Glühwein, Lebkuchen
- Heiligabend: Bewohner backen morgens für die Feier am Nachmittag Plätzchen
- Würfelspiel, Adventsrätsel, Geschichten mit Bildern in Großformat und ein Kegelspiel. Bastelvorlagen für weihnachtliche Fensterbilder
- weihnachtliche Erinnerungen und Düfte werden an Tische und in Bewohnerzimmer gebracht.
- Musik mit Veeh-Harfe, kleinem Glockenspiel, Gitarre und E-Pianos
- kleine adventliche „Stationen“ in den Wohnbereichen
- Schülerinnen und Schüler vom örtlichen Gymnasium bastelten Windlichter. „Grüße vom GYMI“ erleuchteten abends den Garten, die Aufenthaltsräume und das Treppenhaus. Auch Adventssterne und kleine Grußbotschaften brachten eine Lehrerin und die Jungschar der Kirchengemeinde vorbei.
- Mitglieder des Posaunenchores spielen draußen Weihnachtslieder.

- Schneeaktion: aus dem ersten Schnee wurde eine „Schneefrau“ geknetet, dann mit über die Tische flitzenden Schneebällen „gekegelt“
- Trompeten-Duo spielte in den beiden Gartenbereichen in der Abenddämmerung mit einer übergroßen Laterne war dies eine sehr stimmungsvolle halbe Stunde.
- Besuch vom Kindergarten: 23 Kinder kamen mit drei Erzieherinnen, Leiterwagen, einer Gitarre und einer Bluetooth-Box in den Garten und sangen lautstark und begeistert adventliche Lieder. Sogar die Geschichte vom Heiligen Martin wurde aufgeführt. Die Bewohner/-innen saßen an den Fenstern, mit Decken an den geöffneten Terrassentüren. Diese Vorführung machten die Kinder zweimal, für jeden Wohnbereich jeweils von einem anderen Garten aus.
- Kindergartenkinder brachten 100 selbstgebastelte Kostbarkeiten, jedes Geschenk einzeln eingepackt. Diese wurden unter den Bewohnern verteilt und schmücken und erfreuen jetzt in den Zimmern und
- Eine Ehrenamtliche brachte für jeden der Bewohner ein Adventsgesteck – alle selbst gemacht, mit Reisig aus ihrem Garten und individuell gestaltet
- Weihnachtsmarkt im Heim mit Punsch, Waffeln und kleinem Geschenk für jeden Bewohner. Ein Klavierspieler spielt Weihnachtslieder.

Behindertenhilfe

Die Einrichtungen der Behindertenhilfe sind der Lebensort für Menschen mit Behinderung. Daher sind die Wohngruppen geöffnet. Um das Infektionsrisiko zu reduzieren, empfehlen sie den Menschen mit Behinderung, über Weihnachten in den Einrichtungen zu bleiben. Familienbesuche werden dennoch nicht untersagt. Für die Rückkehr vom Familienbesuch gibt es klare Verabredungen und Koordination, so dass Testungen strukturiert erfolgen können. Bei Besuchen in den Einrichtungen ist gewünscht, dass die Familienmitglieder zuvor einen Test machen.

Die Weihnachtstage festlich zu gestalten, ist auch hier nur in kleineren Gruppen möglich. Der Personaleinsatz über die Weihnachtstage wird deutlich höher sein als jetzt schon. Angehörige sind sehr dankbar für den sorgfältigen Umgang mit dem Infektionsschutz.

Gemeinschaftliche Weihnachtsfeiern, an denen mehr Personen als die der einzelnen Wohngruppe teilnehmen, können nicht veranstaltet werden.

Ambulant betreute Klienten sind allerdings stark von Isolation bedroht, weil sie sich nicht – wie häufig zuvor – in eine Wohngruppe einladen können. Für sie wird Weihnachten in deren Haushaltsgemeinschaften gestaltet und begleitet.

Beispiele für Angebote während der Weihnachtszeit:

- In Wohngruppen gibt es ein gemeinsames Essen und Geschenke.
- Programm mit Besinnung und Aktivitäten

Wohnungslosenhilfe/bedürftige und einsame Menschen

Neben dem Kälteschutz braucht es Infektionsschutz. Die Anzahl der Schlafplätze muss aber wegen Abstand und Quarantänemöglichkeiten reduziert werden. Wie diese Personengruppe getestet werden soll, ist noch ungeklärt,

Es ist gut, dass es einen Rechtsanspruch auf Unterbringungen bei der Kommune gibt.

Beispiele für Angebote während der Weihnachtszeit

- In den Wohngruppen gibt es ein gemeinsames Essen, Besinnung und Geschenke.
- Weihnachtessen für Bedürftige gibt es in diesem Jahr an vielen Orten zum Mitnehmen. Eine Tüte mit guten Lebensmitteln (Markenprodukte) im Wert von ca. 20 Euro.. Manche

Tafeln bringen Weihnachtsgrüße vorbei. Auch gibt es Gutscheine für den Einkauf von Lebensmitteln.

- Lebensmittelpendenaktion einer Schule: In den Einkaufsläden der Gemeinden werden für die Wohnungslosen Lebensmittel gesammelt. Die Schülerinnen sind diesmal nicht von Ort, sondern machen mit Plakaten und Flyern vor und in den Supermärkten darauf aufmerksam. In den Tagen vor Weihnachten werden mit einem Teil dieser Spenden über 100 Weihnachtstüten gepackt und an die Klienten verschenkt. Die traditionelle Weihnachtsfeier (mit Essen) in der Tagesstätte fällt diesmal aus. In den Tüten ist jedoch ein Gutschein für ein Essen in der Tagesstätte.
- Plaudertelefone laden an einigen Orten zum Gespräch auch an Heiligabend ein
- Weihnachtsbesuchen auf Bestellung mit Abstand

Jugendhilfe

Die Coronakrise verlangt auch den Menschen an Weihnachten besonders viel ab, die schon vor der Krise in schwierigen Situationen waren. Familien, die mit Arbeitslosigkeit, psychischen Erkrankungen oder Konflikten kämpfen, werden durch die Begrenzung auf engen Raum sowie Kontakt- und Bewegungsbeschränkungen zusätzlich belastet. Junge Menschen, die zudem kaum Möglichkeiten zum Zusammensein mit der für sie elementaren Peer-Group und zu sportlichen Aktivitäten haben, reagieren mit sozialem Rückzug und Isolation. Ihre psychosoziale Entwicklung wird dadurch erschwert bzw. behindert, der innerfamiliäre Druck und damit das Risiko für Kindeswohlgefährdungen steigen. Oberstes Ziel der diakonischen Jugendhilfe bleibt deshalb, Hilfen auch während des Lockdowns mindestens in Form von Notbetreuungs- und -beratungsangeboten weiter zu erbringen.

Die Diakonie Württemberg fordert die verantwortlichen Institutionen und Personen vor Ort, die Kinder und Jugendliche üblicherweise im Alltag begleiten, beraten oder betreuen, auf Netzwerke und Angebote für Kontakt und zur Entlastung ausreichend sicherzustellen oder den Bedarf umgehend weiterzugeben. Die betroffenen Familien selbst sind in der aktuellen Situation am wenigsten in der Lage, für ihre Bedarfe und auch Schutz zu kämpfen und die notwendigen Schritte zu gehen.

Kinder und Jugendliche, die ihren Alltag in Einrichtungen der diakonischen Jugendhilfe meistern, verbringen Weihnachten wie alle anderen Kinder und Jugendlichen mit ihren wichtigsten familiären Bezugspersonen. Die Einrichtungen der stationären diakonischen Jugendhilfe gestalten die Wechselsituationen mit großem Aufwand so, dass daraus kein erhöhtes Infektionsrisiko für Familienmitglieder und Einrichtungen entsteht.

Diejenigen, deren familiäre Situation ein gemeinsames Feiern momentan nicht zulässt, verbringen Weihnachten mit der Wohngruppe, in der sie vorübergehend leben. Dort wird großen Wert auf ein vertrautes und geborgenes Miteinander gelegt und Weihnachten mit den Kindern und Jugendlichen feierlich gestaltet. Dazu gehört natürlich auch, in den Weihnachtsferien Aktivitäten im Freien durchzuführen. Wohngruppen werden hier von den Coronaregelungen wie Familien behandelt. Als häusliche Gemeinschaft können sie also ihre Freizeit auch gemeinsam im Freien verbringen.

Suchthilfe

Die Suchtberatungsstellen werden die meiste Zeit geöffnet sein. Gerade um die Weihnachtszeit und Neujahr brauchen Betroffene und Angehörige die Möglichkeit, sich Rat und Unterstützung zu holen. Konflikte, Einsamkeit, (Zukunfts-)Ängste lassen in dieser Zeit auch schon ohne Corona Suchtdynamiken und deren Folgen verstärkt auftreten.

Die Suchtrehabilitationskliniken behandeln ebenfalls weiter. Die Patienten werden in der Regel in der Klinik bleiben. Viele empfinden das Klinikumfeld in der Pandemiesituation als Schutzraum.

Beispiele für Angebote während der Weihnachtszeit:

- Besinnungen/Andachten
- Geschenktütchen
- Beteiligung der Klienten bei der Dekoration für Klinik bzw. Beratungsstelle
- Bastelangebote
- Besinnungsspaziergänge, Gottesdienst draußen oder digital

Schutzmaterial wie Masken, Trennwände, Desinfektionsmittel, etc. sind mittlerweile Standard. Regelungsbedarf gibt es bei der Möglichkeit von Testungen und der Priorität in der Impfstrategie. Schwierige Situationen entstehen, wenn Home-Office aufgrund fehlender technischer Ausstattung nicht möglich ist, wenn Telefonberatung und Videoberatung aufgrund technischer Ausstattung nur ungenügend möglich ist (Laptops, Telefonleitungen, Netzkapazitäten für Internet, etc.), wenn Personal nicht zur Verfügung stehen kann (Versorgung von Kindern, selbst Risikogruppe, erkrankt).

Migrations- und Flüchtlingsdienste

An geflüchtete Menschen, die in Gemeinschaftsunterkünften, Anschlussunterbringungen oder weiteren Unterbringungsformen leben, werden in diesen Weihnachtstagen und in den Tagen danach kleine sichtbare Zeichen der Verbundenheit weitergegeben. Viele von ihnen sind ohne Perspektive; Begleitung und Begegnungsmöglichkeiten sind deshalb um so wichtiger. Die Beratungseinrichtungen der Migrations- und Flüchtlingsdienste sind für Ratsuchende auf unterschiedlichste Weise erreichbar. So begegnen die diakonischen Mitarbeitenden der durch die Coronapandemie verstärkten Ungleichheit, Isolation, Angst und Not. Gerade zu Weihnachten teilen Christinnen und Christen auch im interreligiösen Miteinander das gemeinsam in der Welt leben.

Beispiele für Angebote während der Weihnachtszeit

- Engagierte bereiten Geschenktaschen mit weihnachtlichen Leckereien, Lebensmitteln und Masken vor und bringen diese persönlich zu den Menschen in die Gemeinschaftsunterkünfte
- Weihnachtliche Briefe werden geschrieben für und mit ortsansässigen und geflüchteten Engagierten
- Es gibt kleine Feiern im Freien vor den Einrichtungen
- Bastelsets werden für die Kinder zusammengestellt und übergeben
- Telefonketten werden organisiert, dass auch über die stillen Feiertage Kontakte möglich sind
- Digitale Adventskalender wurden erstellt, die an jedem Tag einen Hoffnungstext an Engagierte und Geflüchtete senden
- Fotos von Weihnachtsfeiern im vergangenen Jahr werden verschickt, um zu zeigen, dass man auch in der Distanz aneinander denkt
- Spaziergangsgespräche werden angeboten

Weitere Informationen: Claudia Mann, Pressesprecherin, Tel.: 0711 1656-334, E-Mail: mann.c@diakonie-wuerttemberg.de

Fachberatungsstelle für Prostituierte droht das Aus

Die Fachberatungsstelle für Prostituierte der Diakonie in Heilbronn ist in ihrer Existenz bedroht. „Aufgrund der Corona-Pandemie ist die Ausübung von Prostitution schon eine lange Zeit verboten. Frauen, die in der Prostitution arbeiten, brauchen dringend Unterstützung und Begleitung, um die Krise zu überstehen und eine Perspektive für ihr Leben zu entwickeln“, sagt Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg.

Stuttgart/Heilbronn. „Seit Jahren schon ist die fachliche Beratung von Frauen und Männern, die in der Prostitution arbeiten, unterfinanziert. Das ist angesichts der oft schwierigen Lebenssituation der Betroffenen besonders gravierend. Wir bitten die Stadt Heilbronn und das Land eindringlich, gemeinsam eine finanzielle Basis für die Arbeit der Fachberatungsstelle für Prostituierte zu schaffen. Es darf nicht sein, dass diese bewährte, über Jahrzehnte verlässlich aufgebaute Arbeit aufgegeben werden muss.“

Die im Moment vom Land erarbeitete Verwaltungsvorschrift für alle Fachberatungsstellen, die sich im Arbeitsfeld „Gewalt gegen Frauen“ engagieren, müsse dringend eine höhere finanzielle Förderung vorsehen. Der bisher vorgesehene Förderbetrag werde dazu führen, dass die Beratungsarbeit in Heilbronn eingestellt werden muss. Die Förderung liege um ein Fünffaches unter dem Betrag, der gebraucht wird, um die Arbeit fortzusetzen. Die Verwaltungsvorschrift treffe die gesamte Beratungsarbeit gerade in der Corona-Krise besonders hart. „Seit Jahren bemühen wir uns auf allen Ebenen darum, eine Basis für diese Arbeit zu legen. Im Moment wissen wir nicht, ob und wie wir im Jahr 2021 unsere Arbeit fortsetzen können. Wir brauchen eine Mischfinanzierung: zunächst einen kommunalen Zuschuss, der es ermöglicht, die Beratung für die Stadt Heilbronn abzudecken. Aber Prostitution ist ein mobiles Feld. Deshalb braucht es zusätzlich Mittel vom Land für die Arbeit mit Prostituierten, die außerhalb von Heilbronn wohnen. Zudem sind Projektmittel notwendig, um die Weiterentwicklung der Arbeit zu fördern“, sagt Karl Friedrich Bretz, Geschäftsführer der Diakonie im Heilbronner Land.

Die bei der Mitternachtsmission Heilbronn angesiedelte Stelle ist in Trägerschaft von Diakonie und Kirche. Sie berät und begleitet Frauen in der Prostitution aus der ganzen Region und weit darüber hinaus. Ohne Mittel der Evangelischen Landeskirche in Württemberg gäbe es die Angebote längst nicht mehr: Für drei Jahre, bis Ende 2020, wurden landeskirchliche Mittel zur Verfügung gestellt – in der Hoffnung, dass bis dahin Land und Kommune verlässlich finanzieren.

Die Finanzierung der Arbeit geschieht auf drei Ebenen:

- Kommunale Ebene: Abdeckung der kommunalen Aufgaben/Bedarfe in der Unterstützung von Personen in der Prostitution
- Landesebene: Abdeckung von nicht auf Kommunen mit erlaubter Prostitution eingrenzbarer Bedarfe
- Projektmittel zur innovativen Weiterentwicklung bzw. Erhebung oder Abdeckung von besonderen Bedarfen

Die Diakonie in Württemberg und in Heilbronn fordert:

- Erhalt der Beratungsstelle durch eine ausreichende Grundfinanzierung
- weg von der Projektfinanzierung hin zur Finanzierung einer grundständigen Beratungsarbeit. Ohne eine abgesicherte Bestandsarbeit ist Projektarbeit unsicher und kräftezehrend. Sie kann nicht eine verlässliche Grundfinanzierung ersetzen.
- eine bedarfsdeckende Finanzierung auf kommunaler Ebene, die die Arbeit planbar macht und für die Zukunft absichert
- eine gezielte und planbare Förderung durch das Land für die Bedarfe, die nicht auf Kommunen eingrenzbare sind bzw. für Kommunen oder Kreise, wo Prostitution zwar verboten ist, aber stattfindet. Hier braucht es eine flächendeckende Versorgung vom Land.

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de

Personalmangel belastet Pflege in der Pandemie

Die Corona-Pandemie empfinden laut aktueller Studie 85 Prozent der Beschäftigten in der diakonischen Altenhilfe als große Belastung. Dabei empfinden sie den Personalmangel als das größte Hindernis bei der Bewältigung der Krise.

Berlin/Stuttgart. Unter Beteiligung auch der Diakonie Württemberg haben die Diakonie Deutschland und die Evangelische Arbeitsstelle für missionarische Kirchenentwicklung und diakonische Profilbildung (midi) diese Untersuchung veröffentlicht.

Zwei Drittel der Befragten gaben an, dass der durch Corona bedingte Personalausfall durch Mehrarbeit und eine Umverteilung von Personal innerhalb ihrer Einrichtung kompensiert werden konnte. Bei 25 Prozent der Befragten waren Mitarbeitende mit Covid-19 infiziert, bei 70 Prozent gab es Quarantänefälle aufgrund eines Coronaverdachts – all dies erschwerte die ohnehin oft angespannte Personallage. Große Sorge bereitet den Beschäftigten auch, sie könnten pflegebedürftige Menschen anstecken.

Oberkirchenrätin Prof. Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg, betont den großen Einsatz der Beschäftigten in der württembergischen Diakonie und die im Bundesvergleich eher niedrigen Zahlen infizierter Bewohnerinnen und Bewohner: „Dafür sind wir sehr dankbar, aber wir müssen unsere Beschäftigten durch bessere Rahmenbedingungen entlasten können. Dafür setzen wir uns ein.“ Die ohnehin angespannte Personalsituation werde verschärft, wenn Mitarbeitende krank oder Quarantänemaßnahmen zu ergreifen seien.

Die Studie macht ebenfalls deutlich: Die Kontaktreduzierungen und Besuchsbeschränkungen während des ersten Lockdowns dienten der Risikominimierung. Nach Ansicht von 93 Prozent der Befragten war dies zu Beginn der Pandemie wegen des Mangels an Schutzausrüstung die einzige Möglichkeit, um Bewohnerinnen und Bewohner zu schützen. Vornehmlich betrafen diese Maßnahmen externe Dienstleister, ehrenamtlich Mitarbeitende und Besucher, die nicht zur engsten Familie gehören. Über die Hälfte der Befragten gab an, dass für nahestehende Angehörige entweder uneingeschränkt oder wenigstens ausnahmsweise der Zugang möglich war.

Der Alltag der Pflegenden und der Bewohnerinnen und Bewohner seit Ausbruch der Pandemie wird als „Schicksalsgemeinschaft“ wahrgenommen. So gaben 63 Prozent der Befragten an, dass der Austausch untereinander intensiver war als vor der Pandemie, obwohl weniger Zeit zur Verfügung stand. 61 Prozent der Mitarbeitenden gaben an, dass ihre Familie durch ihre berufliche Tätigkeit Nachteile in Kauf nehmen musste.

Die Studie fragt auch danach, wer oder was den Pflegenden in der Pandemie Halt und Orientierung gibt. Neben dem Austausch und dem kollegialen Zusammenhalt sind dies in erster Linie die Gespräche mit Familienangehörigen und dem Ehe- bzw. Lebenspartner (81 Prozent) sowie der Austausch im Freundeskreis (58 Prozent). Der Hälfte der Befragten sind zudem Oasenzeiten wichtig; ein Viertel findet in Gebet und spirituellen Alltagsroutinen Halt und Orientierung. 80 Prozent der Befragten gaben an, zwischenzeitlich gut mit der Pandemie zurechtzukommen. Die Dankbarkeit für einen krisensicheren Job motiviert 81 Prozent der Befragten.

Hart ins Gericht gehen die Befragten mit der Politik: Statt Klatschen und Balkonbotschaften fordern rund zwei Drittel der Befragten endlich strukturelle Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Bezahlung.

<https://www.diakonie.de/journal/covid-19-pflegestudie-der-diakonie>

- An der Erhebung nahmen 1.735 Mitarbeitende in stationären, teilstationären Einrichtungen, ambulanten Diensten und Hospizen der Diakonie in ganz Deutschland im Zeitraum vom 2. bis 30. Oktober 2020 teil.
- 60 Prozent der Befragten lassen sich dem stationären Bereich der Altenhilfe, 28 Prozent den ambulanten Diensten, sieben Prozent dem teilstationären Bereich und fünf Prozent den Hospizen zuordnen.

Weitere Informationen: Claudia Mann, Pressesprecherin,
Tel.: 0711 1656-334, E-Mail: mann.c@diakonie-wuerttemberg.de

Projektstart: „Mit und für Roma im Donauraum“

Mit einem Online-Kick-Off hat die Diakonie Württemberg ein Kooperationsprojekt mit Partnern aus Serbien, der Slowakei und Rumänien unter dem Titel „Mit und für Roma im Donauraum“ gestartet.

Stuttgart. Dr. Birgit Dinzinger, Leiterin der Abteilung Migration und Internationale Diakonie im Diakonischen Werk Württemberg, sagte: „Mit diesem Projekt wollen wir einen Beitrag zur Inklusion von Roma bei uns vor Ort und in der EU leisten.“ An der Veranstaltung nahmen neben den Projektpartnern aus Rumänien, der Slowakei und Serbien auch Vertreter des Staatsministeriums Baden-Württemberg und des Landesverbandes Sinti und Roma in Württemberg teil.

Drei Erprobungsphasen bilden den Kern des Projekts, jeweils im ständigen fachlichen Austausch mit dem langjährigen Partner EHO (Ecumenical Humanitarian Organisation) Serbien, dessen Mitarbeitende hohe Fachkompetenz in der Arbeit mit und für Roma aufgebaut haben. Durch das Projekt wird die Zivilgesellschaft vor Ort stärker einbezogen in die Thematik und lokale Akteure werden mit auf den Weg einer wirksameren Anwaltschaft gegenüber Verantwortungsträgern und der Politik mitgenommen. Im Mittelpunkt des grenzüberschreitenden Projekts steht die gegenseitige Wissensvermittlung sowie der Erfahrungsaustausch gelungener Projekte.

Für die Diakonie ist das Projekt eine Erweiterung der langjährigen Partnerschaft mit der christlich-ökumenischen Organisation EHO in Novi Sad in Serbien. Ein besonderer Schwerpunkt der vergangenen Jahre in der Kooperation mit EHO waren Projekte für freiwillige Rückkehrer und abgeschobene Roma aus Deutschland, aber auch Projekte wie Flüchtlingshilfe, Programme für Straßenkinder, in der Behinderten- und Altenhilfe sowie der Gesundheitsfürsorge. EHO hat das Ziel, Armut zu bekämpfen und Menschenrechte zu fördern und somit an einer tragenden Zivilgesellschaft in Serbien zu bauen. Die Projekte wurden durch die Aktion „Hoffnung für Osteuropa“ sowie von der Landeskirche und dem Staatsministerium Baden-Württemberg möglich gemacht.

Durch die Einbindung der Diakonie in der Slowakei, der Evangelischen Akademie Siebenbürgen und einer Fraueninitiative in Hermannstadt in das Projekt, legt die Diakonie Württemberg einen weiteren Grundstein ihrer Kooperation mit Partnern in Osteuropa. Mittelfristig soll diese Kooperation um weitere Länder ergänzt werden.

Ermöglicht wird das Projekt durch finanzielle Unterstützung des Staatsministeriums im Rahmen der EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR). Diese makroregionale Strategie verfolgt das Ziel, die Zusammenarbeit der Donauländer zu stärken und umfasst neun EU-Mitgliedstaaten: Bulgarien, Deutschland, Kroatien, Österreich, die Tschechische Republik, Ungarn, Rumänien, die Slowakische Republik und Slowenien. Außerhalb der EU bezieht sie Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, die Republik Moldau und die Ukraine ein. pt

Weitere Informationen: Dr. Birgit Susanne Dinzinger, Abteilungsleiterin Migration und Internationale Diakonie, Tel.: 0711 1656-377, E-Mail: dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de

Mehrbelastungen durch Corona auch in finanzieller Hinsicht

Die Corona-Krise führt bei Trägern der Eingliederungshilfe wie der Diakonie Stetten auch zu erheblichen finanziellen Belastungen in Form von Mehrkosten und Mindereinnahmen. Ein Kostenersatz ähnlich wie in der Altenhilfe ist bislang jedoch nicht in Sicht.

Kernen-Stetten. Einrichtungsträger wie die Diakonie Stetten leiden in mehrfacher Hinsicht unter den Belastungen der Corona-Krise. Neben den vielfältigen Belastungen für Klienten und Mitarbeitende im Zusammenhang mit den Infektionen und mit den Einschränkungen des Alltags machen sich zunehmend auch die finanziellen Belastungen bemerkbar.

Zum Schutz der Gesundheit von Klienten und Mitarbeitern und zur Umsetzung der Corona-Verordnungen des Landes sind umfangreiche Hygiene- und Schutzmaßnahmen notwendig. Zahlreiche Infektionen unter Klienten und Mitarbeitenden führen zu mehrwöchigen Quarantänesituationen und Betreuungsengpässen durch Mitarbeiterausfälle. Positiv getestete Personen oder Kontaktpersonen unter den Mitarbeitenden fallen längere Zeit in der Betreuung aus und müssen durch zusätzlich eingesetztes Personal ersetzt werden. Für die infizierten Klienten müssen zusätzliche Isolier-Stationen mit eigener Rund-um-die-Uhr-Betreuung eingerichtet werden. Für die Fallbearbeitung, die Kontaktpersonennachverfolgung, die Testungen, aber auch für den gestiegenen Bedarf an Reinigung aufgrund der neuen Hygienevorgaben muss zusätzliches Personal eingesetzt werden. Bestehende Betreuungs-Angebote müssen kosten- und personalintensiv umorganisiert und ausgestattet werden. So wurden zum Beispiel die Arbeitsplätze für die Mitarbeiter mit Behinderung in den Werkstätten komplett neu eingerichtet und mit Trennscheiben aus Plexiglas ausgestattet. Die Betreuungs-Mitarbeiter, die sich mit großem Einsatz um die Klienten kümmern, benötigen täglich neue Schutzausrüstung in großen Mengen, um sich und andere vor Infektionen zu schützen – bei derzeit steigendem Bedarf.

Neben diesen Corona-bedingten Mehrkosten gibt es zudem erhebliche Einnahmeeinbußen, unter anderem weil Produktionsaufträge von Firmen in den zeitweise geschlossenen Werkstätten nicht bearbeitet und freie Wohnplätze in den Wohneinrichtungen zeitweise nicht wieder belegt werden konnten.

Dietmar Prexl, kaufmännischer Vorstand der Diakonie Stetten macht deutlich, in welcher finanziellen Dimension sich dies auf gemeinnützige Träger wie die Diakonie Stetten auswirkt: „Wir haben ermittelt und können nachweisen, dass sich diese Corona-bedingten Mehrbelastungen allein im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung auf bislang mehr als 8.000.000 Euro summieren – Tendenz weiter ansteigend, weil in den kommenden Monaten noch nicht mit einer spürbaren Entspannung der Risiko-Situation zu rechnen ist. Für uns als gemeinnützige soziale Einrichtung sind das erhebliche Summen, die wir nicht einfach kompensieren können.“

Wir leisten mit unseren engagierten Mitarbeitern einen gesellschaftlich wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Pandemie und erwarten dafür von den Kostenträgern, dass sie uns die in diesem Zusammenhang entstandenen Mehrkosten erstatten – nicht mehr und nicht weniger.“

Denn anders als im Bereich der Altenhilfe, wo Corona-bedingte Zusatzkosten unbürokratisch über die Pflegekassen abgerechnet werden können, gibt es für den Bereich der Eingliederungshilfe keine ausreichenden Regelungen, wie die Mehrkosten und Einnahmeausfälle aufgefangen werden können. Und nicht nur beim Thema der Kostenübernahme, sondern auch bei anderen Corona-Themen drängt sich der Eindruck auf, dass Menschen mit Behinderung von der Politik nicht ausreichend berücksichtigt werden, obwohl viele von ihnen genauso wie Senioren mit Pflegebedarf zu den vulnerablen Personengruppen zählen.

Der Vorstandsvorsitzende Pfarrer Rainer Hinzen sorgt sich zudem um die langfristigen Folgen der coronabedingten Mehrbelastungen: „Die enormen finanziellen Mehrbelastungen belasten uns jetzt schon schwer. Wir müssen aber auch mit dem Risiko umgehen, dass sie Auswirkungen auf die Realisierbarkeit unserer wichtigen Zukunftsprojekte haben könnten. Projekte, die von der Po-

litik ja auch gefordert und gewollt werden, wie zum Beispiel die gemeindeorientierten Wohnprojekte im Rahmen unseres Dezentralisierungsprozesses. Die Anforderungen, die die Landesheimbauverordnung, die UN-Behindertenrechtskonvention und das Bundesteilhabegesetz stellen, können eben nur dann vollumfänglich und zeitnah erfüllt werden, wenn die entsprechende finanzielle und inhaltliche Unterstützung durch die verantwortlichen Stellen erfolgt.“ pm

Weitere Informationen: Diakonie Stetten, Steffen Wilhelm, Pressesprecher, Schlossberg 2, 71394 Kernen-Stetten, Tel.;07151 940-3102, E-Mail: steffen.wilhelm@diakonie-stetten.de

Suchtselbsthilfe ist systemrelevant

„Die Gruppentreffen der Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe vom Landesverband Württemberg sind weiterhin möglich“, sagt Geschäftsführer Rainer Breuninger, denn Suchtselbsthilfe gilt als unverzichtbarer Teil des sozialen Hilfesystems.

Laichingen. Die Ausnahmen zur Ausgangsbeschränkung lassen Breuninger beim zweiten Lockdown aufatmen: „Ein Treffen von Selbsthilfegruppen ist unter Einhaltung der Hygiene-Vorgaben weiter möglich, denn es geht um soziale Fürsorge.“ Ausdrücklich betont er nach Paragraph 10 Absatz 3 CoronaVO das Recht der Mitglieder auf „Teilnahme an sonstigen nicht der Unterhaltung dienenden Veranstaltungen.“ Dabei ist auch die Tatsache, dass Gruppenabende in der Regel länger als 20 Uhr dauern, von der Landesverordnung abgedeckt.

Breuninger sorgt sich besonders um die erhöhte Rückfallgefahr für Betroffene, die wenige soziale Kontakte haben. Die Menschen leiden vor allem dann unter häuslicher Isolation, wenn Entzug und Therapie noch nicht lange zurück liegen. „Die Anfangsphase eines abstinenten Lebens verlangt Kraft und Disziplin. Um die Abhängigkeitserkrankung und den „Saufdruck“ in den Griff zu bekommen, sind neben einem regelmäßigen Tagesablauf soziale Kontakte von besonderer Wichtigkeit. Wenn dieser schützende Faktor wegfällt, ist die Rückfallgefährdung erhöht“, betont Breuninger.

„Die Regelmäßigkeit unserer Treffen und der Zusammenhalt der Gruppengemeinschaft sind fester Bestandteil unseres Lebens“, berichtet Elmar Tschiesche vom Freundeskreis Laichingen. Lothar Schilpp vom Freundeskreis Beilstein ergänzt: „Es gab beim ersten Lockdown einige, bei denen die schlechten Gedanken an den Stoff wieder hochkamen.“ Ursel Biskup vom Freundeskreis Leonberg berichtet: „Da kommen tatsächlich Leute an ihre Grenzen, die schon jahrelang trocken sind, und spielen plötzlich mit dem Gedanken, wieder zur Flasche zu greifen.“ Austausch und Beziehung zu anderen Gruppenmitgliedern sind elementar wichtig. „Isolation macht vielen Menschen zu schaffen und kann auch bei Menschen ohne Alkoholprobleme Depressionen verursachen“, sagt Breuninger und weist besonders jetzt darauf hin, dass sich Hilfe suchende Menschen über die Homepage nützliche Informationen holen oder sich telefonisch an die Freundeskreisleiter wenden können.

Alkoholkonsum zählt zu den größten Gesundheitsrisiken. 42-45.000 Menschen werden allein im Ländle deswegen jährlich stationär behandelt. Die Suchtselbsthilfe bietet außer bei Alkohol auch Unterstützung bei anderen Substanzen und Verhaltenssüchten.

Die Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe Landesverband Württemberg e.V. bestehen aus 96 Freundeskreisen. Rund 400 ehrenamtliche Mitarbeiter engagieren sich in 170 Gesprächsgruppen für über 2.700 Gruppenteilnehmer. Gemeinsames Ziel ist eine zufriedene und suchtmittelfreie Lebensgestaltung. Grundlage und Motivation der Arbeit ist die christliche Nächstenliebe. Im Verbund der Suchtkrankenhilfe übernehmen die Freundeskreise die wichtige Aufgabe der Nachsorge für suchtkranke Menschen sowie deren Angehörige und stabilisieren so die Behandlungserfolge von Suchtberatungsstellen und Fachkliniken. pm

Weitere Informationen: Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe, Rainer Breuninger, Geschäftsführer, Tel.: 07333 3778, E-Mail: info@freundeskreise-sucht-wuerttemberg.de

„Wir wollen ein Ort für die äußere und innere Sicherheit sein“

Ein traumpädagogisches Konzept in der Berufsschule der Paulinenpflege hilft Geflüchteten bei ihrer Schulausbildung.

Winnenden. Zwei Klassenzimmer hat das sogenannte „VABO“, das zur Sonderberufsschule der Paulinenpflege gehört. Hier sitzen 13 Schülerinnen und Schüler, die mit oder ohne Eltern u.a. aus Afghanistan, Syrien, dem Irak oder Somalia geflüchtet sind. „Unser Schwerpunkt in dieser einjährigen Vollzeitschule ist der Erwerb von Deutschkenntnissen. Denn das ist die Grundvoraussetzung für eine gute Integration von Geflüchteten in Deutschland“, sagt Lehrerin Ingrid Wartha-Vassiliadis. „Ich möchte nach dem VABO einen Hauptschulabschluss machen und dann einen Pflegeberuf erlernen,“ sagt die 21jährige Schülerin Efra. Sie ist aus Afghanistan geflüchtet. Dagegen möchte Yusuf aus dem Irak lieber was Technisches machen: „Vielleicht werde ich Zugmechaniker. Dazu brauche ich das Sprachniveau B1.“ Dieser Abschluss kann am Ende des schulischen Bildungsgangs in der Paulinenpflege stehen.

Neben Deutsch als Fremdsprache stehen auch Mathematik, Berufsorientierung, IT und Kunsttherapie auf dem Lehrplan. Das Besondere beim VABO in der Berufsschule der Paulinenpflege Winnenden: Hier gibt es ein traumpädagogisches Konzept, das den Geflüchteten hilft, mit ihren traumatischen Erlebnissen umzugehen. Gleichzeitig ermöglicht es den Lehrkräften einen anderen Blick auf ihre Schüler. „Unsere Haltung zu unseren Schülerinnen und Schülern ändert sich durch dieses Konzept grundlegend. Wir wissen, dass es für jede Verhaltensweise einen guten Grund gibt“, erklärt Ingrid Wartha-Vassiliadis. „Dieses Verhalten drückt sich oft in Unruhe aus, viele Schüler können sich nicht konzentrieren.“ Daher gehört zum traumpädagogischen Konzept u.a. auch ein Ruheraum, in dem sich die Geflüchteten in angespannten Situationen zurückziehen können. Für Yusuf ist dieser Raum auch aus einem anderen Grund noch wichtig: „Wir wohnen als Familie in unserer Unterkunft zu viert in einem Zimmer. Wie kann man da vernünftig lernen und mal zur Ruhe kommen?“ Efra schätzt an der Vollzeitschule auch den Austausch in der Pause: „Da haben wir viel Spaß und können uns erholen“.

Es gibt aber auch ganz andere Momente: „Ich spüre bei vielen Schülern Trauer und sie sind sprachlos über das, was sie erlebt haben. Eine Schülerin hat zum Beispiel oft mitten im Unterricht laut geschrien. In einer Schule würde man normalerweise sagen: Das geht gar nicht! Wir haben herausgefunden, dass diese Schreie ihre Verteidigung gegen Vergewaltigungsversuche auf der Flucht waren. Zu solchen Flashbacks kommt es häufiger“, berichtet Ingrid Wartha-Vassiliadis über Situationen, in denen Traumapädagogik wichtiger ist als Lerninhalte.

Grundlage für die Traumapädagogik ist ein von einem Sonderschullehrer entwickeltes und vom VABO der Paulinenpflege erweitertes „Fenster zum Fallverstehen“. Hier erfassen die Lehrkräfte objektive Informationen wie biografische Daten, die aktuelle Lebenssituation und beobachtetes Verhalten. Genauso geht es in diesem Erfassungsbogen auch um das subjektive Erleben, z.B. „Wie geht es mir als Lehrkraft mit dieser Schülerin?“ oder „Was braucht der Schüler?“.

Ziele aller Unterstützungsmaßnahmen sind die Stabilisierung und eine Selbstbemächtigung der Geflüchteten. Der Leitsatz des VABOs lautet: „Wir wollen ein Ort für die äußere und innere Sicherheit der Geflüchteten sein.“ Wenn dies von den Geflüchteten so erlebt werden kann, sind Kopf und Herz empfänglich für wichtige Lerninhalte.

Für Gymnasiallehrerin Ingrid Wartha-Vassiliadis sind die außergewöhnlichen pädagogischen Herausforderungen nicht neu, denn sie hat u.a. auch schon in einer Roma-Schule in Griechenland unterrichtet. Dass die Lehrtätigkeit im VABO der Paulinenpflege für sie mehr als ein Job ist, zeigt die Tatsache, dass sie eigentlich schon berentet ist und trotzdem noch weiter unterrichtet. „Mir liegt dieses Projekt sehr am Herzen. Da schiebe ich meinen Ruhestand gerne noch auf“, sagt sie. Eine Bestätigung und Belohnung der Arbeit des VABO-Teams ist auch die Förderung des VABO-Projekts „Amal – Hoffnung, Integration geflüchteter Jugendlicher in Schule und Aus-

bildung“ durch den EU-Sozialfonds. Seit Oktober steht fest, dass die Schule aus diesem Topf eine finanzielle Förderung erhält. pm

Weitere Informationen: Paulinenpflege Winnenden, Matthias Knödler, Öffentlichkeitsarbeit, Ringstr. 106, 71364 Winnenden, Tel.: 07195/695-1128, E-Mail: Matthias.Knoedler@Paulinenpflege.de

Wichtige gesellschaftliche Aufgabe

Unter dem Projekttitel „Zamma“ fand in Weinstadt an drei Wochenend-Modulen seit Oktober in Kooperation mit der VHS Unteres Remstal ein Kurs der Diakonie Stetten statt, bei dem sich neun Bürgerinnen und Bürger aus dem Rems-Murr-Kreis als ehrenamtliche Inklusionsbegleiter qualifizierten.

Weinstadt. Die Kurse werden von einem breiten kreisweiten Netzwerk unterstützt. Aufgrund der Corona-Pandemie fand ein Modul per Videokonferenz statt. Die Teilnehmenden erhielten vor kurzem ihre Abschlusszertifikate ebenfalls per Videokonferenz. Trotz der außergewöhnlichen Veranstaltung wurden die neuen Inklusionsbegleitenden feierlich geehrt.

In den vorherigen Kursen waren es bis zu 18 Teilnehmende, die sich im Rahmen des Inklusionsbegleiterkurses „Zamma“ in drei Modulen zum Inklusionsbegleiter ausbilden lassen wollten. „Aufgrund der Corona-Pandemie konnten wir dieses Mal leider nur mit einer reduzierten Teilnehmerzahl starten. Trotzdem freue ich mich sehr, dass sich auch in dieser Zeit so viele Menschen auf den Weg gemacht haben und Inklusionsbegleiter werden wollen“, sagte die Koordinatorin der „Zamma-Kurse“ Marina Cillessen bei der digitalen Abschlussveranstaltung. Damit die Kurse überhaupt stattfinden konnten, musste sie ein Hygienekonzept vorlegen. „Wir haben uns in den größtmöglichen Räumen getroffen“, erzählte Marina Cillessen. In den Kursen ging es z. B. um Gebärdensprache, mögliche Hilfsmittel, den Knigge-Umgang mit Menschen mit Behinderungen oder Demenz.

„Wir sind als VHS außerordentlich stolz über die Kooperation mit der Diakonie Stetten. Wir haben inzwischen viele Stunden miteinander gelernt und Sie als zukünftige Inklusionsbegleiter leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag“, sagte die Leiterin der VHS Unteres Remstal, Stefanie Köhler. Auch der Oberbürgermeister der Stadt Weinstadt, Michael Scharmann, dankte den Teilnehmenden für ihr Engagement: „Sie alle haben sich in den vergangenen Wochen intensiv mit dem Thema Teilhabe und Inklusion auseinandergesetzt. Dazu gratuliere ich Ihnen sehr herzlich und ich danke der Diakonie Stetten, die in diesen Zeiten sehr gefordert ist“. Der Vorstandsvorsitzende der Diakonie Stetten, Pfarrer Rainer Hinzen, sieht es als „starkes Zeichen an, dass wir auch noch etwas anderes machen können und füreinander da sein können“. So müssten solch gute Aktivitäten einfach weitergehen. Er wünschte den neuen Inklusionsbegleitenden viel Freude am Mitmachen und an Inklusion. Auch der Kreisbehindertenbeauftragte des Rems-Murr-Kreises, Roland Noller, nahm an der digitalen Abschlussveranstaltung teil und lobte den „unheimlich großen Beitrag“, den die angehenden Inklusionsbegleitenden leisten. „Zamma bekommt in der derzeitigen Situation eine ganz neue Bedeutung. Menschen mit Behinderungen sind im Moment noch viel mehr von den Folgen von Corona betroffen. Es ist wichtig, dass sie nicht vergessen werden“, so Roland Noller.

Anschließend ehrte Pfarrer Rainer Hinzen die Teilnehmenden einzeln und überreichte ihnen virtuell ihr Zertifikat für den absolvierten Kurs. Als Dankeschön erhielt jeder eine Maske mit dem Logo „Zamma“. Ursula Hilbert war z. B. Lehrerin und ist jetzt im Ruhestand. „Ich habe mir überlegt, wo ich noch unterstützen könnte und bin dann auf den Kurs gestoßen. Ich fand diesen sehr gut und freue mich darauf, mich einbringen zu können“. Andrea Käufer war vom „Miteinander im Kurs begeistert“. „Wir haben uns ausgetauscht und ich habe gemerkt, dass es trotz Corona noch Möglichkeiten gibt, Ideen zu sammeln und neue Wege zu gehen“.

Auch in Schorndorf fand ein Kurs für künftige Inklusionsbegleitende statt. Die Abschlussveranstaltung mit der feierlichen Verleihung der Zertifikate wurde ebenfalls per Videokonferenz abgehalten.

Weitere Informationen: Diakonie Stetten, Hannah Kaltarar, Stv. Pressesprecherin, Schlossberg 2, 71394 Kernen-Stetten, Tel.: 07151/940-2974, E-Mail: hannah.kaltarar@diakonie-stetten.de

Dank Belev als familienbewusstes Unternehmen ausgezeichnet

14 Betriebe aus Industrie, Dienstleistung und Sozialwirtschaftsind mit dem familyNET-Prädikat „Familienbewusstes Unternehmen“ ausgezeichnet worden. Eine Sonderauszeichnung für Pflege erhielt Diakonie ambulant, Gesundheitsdienste oberes Murrthal e. V., Murrhardt.

Stuttgart/Murrhardt. Mit der Vergabe des Prädikats „Familienbewusstes Unternehmen“ wird seit acht Jahren das Engagement für eine systematische und familienbewusste Personalpolitik gewürdigt und ausgezeichnet – in diesem Jahr in einer digitalen Veranstaltung.

„Maßgeblich hat uns unterstützt das Gesundheitskonzept Belev der Diakonie“, sagt Thomas Nehr, Diakonie ambulant – Gesundheitsdienste Oberes Murrthal ist die Mitarbeiterbefragung. Des- sen Herzstück sei die Mitarbeiterbefragung. Seit 2012 wendet er sie alle drei Jahre an. „Dadurch sigalisieren wir Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit den MitarbeiterInnen gegenüber, die Beteili- gung liegt zwischen 70 über 80 Prozent und mittlerweile hat das Konzept Einzug in unser Leitbild gefunden.“ Oberes Ziel sei die langfristig gesicherte Versorgung der Menschen im oberen Murr- tal. „Der Engpass lag auch bei uns bei mangelndem Fachpersonal in Pflege und Therapie.“ Abhil- fe geschaffen hätten Mitarbeiter-Bindung, Mitarbeiter-Entwicklung, Mitarbeiter-Gewinnung und langfristige Integration der „Neuen“ ins Team. „Seit 2013 erhalten wir kontinuierlich Initiativbe- werbungen und können notwendige Neueinstellungen teilweise prospektiv vollziehen Unsere Gesundheitsquote ist von 92 dauerhaft auf über 95 Prozent angestiegen.

Das Prädikat würdigt das Engagement der Unternehmen für ihr familienfreundliches und lebens- phasenorientiertes Personalmanagement. Bewertet wurden dabei die Aktivitäten der Unterneh- men in den Bereichen Führungskompetenz und Personalentwicklung, Arbeitsort, -zeit und - organisation, Kommunikation, geldwerte Leistungen, Service für Familien, Gesundheit sowie bür- gerschaftliches Engagement. „Das Prädikat ist ein wertvolles Personal- und Marketinginstrument. Unternehmen können sich damit im Wettbewerb um Fachkräfte sehr gut positionieren“, sagte Katrin Schütz, Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, in ihrem Grußwort bei der Verleihung. „Eine familienbewusste, lebensphasenorientierte Personalpolitik trägt erheblich zur Bindung der Fach- und Führungskräfte an den Betrieb wie auch zum Image- gewinn eines Unternehmens bei.“

Insgesamt wurden bislang 223 Prädikate in Baden-Württemberg verliehen. Im Rahmen des lan- desweiten Projekts familyNET werden sie dabei durch die Arbeitgeberverbände Südwestmetall und Chemie Baden-Württemberg in enger Kooperation mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg unterstützt. Ziel des landesweiten Projekts familyNET ist es, Unternehmen Beratung und Coaching anzubieten, um sie individuell und betriebsspezifisch bei der Entwicklung und Einführung einer familienbewussten Personalpolitik zu unterstützen. fa- milyNET wird vom Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e. V., Südwest- metall und dem Arbeitgeberverband Chemie Baden-Württemberg e. V. gefördert. Das Bildungs- werk der Baden-Württembergischen Wirtschaft e. V. setzt das Projekt familyNET um. Kooperati- onspartner sind der Landesfamilienrat Baden-Württemberg und das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg.

Weitere Informationen: Diakonie ambulant – Gesundheitsdienste Oberes Murrthal e.V., Thomas Nehr, Geschäftsführender Vorstand, Blumstr. 20, 71540 Murrhardt, Tel.: 07192 / 909102, E-Mail: geschaeftsfuehrung@diakonie-ambulant.info

Kurznachrichten

Stuttgart. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie, der Strukturwandel und die zunehmend steigenden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt führen dazu, dass es Menschen ohne Bildung und Qualifizierung zunehmend schwerer haben, mit den aktuell rasanten Entwicklungen mithalten zu können. Diese Prognose äußerte Dr. Rüdiger Wapler vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Baden-Württemberg bei der Mitgliederversammlung des Evangelischen Fachverbands Arbeitslosenhilfe. Mit jedem zusätzlichen Vermittlungshemmnis könnten die ohnehin geringen Chancen von 3 bis 4 Prozent des Eintritts in Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Menschen weiterhin reduziert werden. Hier bedürfe es dem großen Einsatz der Beschäftigungsträger und erfolgreicher Programme wie der diakonischen Aktion 1+1 zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, um diese Zielgruppe weiterhin im Blick zu haben. Sie sorgen dafür, die Betroffenen auch in dieser Krisenzeit eng zu begleiten und gemeinsam berufliche Perspektiven zu entwickeln. cm

Stuttgart. Ein Ort, an dem sie ihre Stimme erheben, um in Politik und Gesellschaft gehört zu werden: Den haben junge Menschen, bei denen es nicht rund läuft, oft nicht. In Stuttgart ist das ab jetzt anders. „Hey Stadt, hör zu!“ begrüßt die neue Plattform „VOX711“, auf der Jugendliche erzählen. Hier berichten sie von ihren Wünschen, Träumen und Niederlagen. Geplant sind auf der Webseite <http://vox711.de> kleine Texte und Gedichte, gesprochenes Wort, Bilder und Videos. Das neue Projekt ist eine außergewöhnliche Kooperation zwischen Kultur und Straßensozialarbeit: Der Verein Ausdrucksreich engagiert sich im Bereich der kulturellen Jugendbildung. Die Mobile Jugendarbeit (MJA) Innenstadt, die gemeinsam vom Caritasverband für Stuttgart und der Evangelischen Gesellschaft getragen wird, unterstützt junge Menschen in allen Anliegen. uli

Großerlach. Der Neubau ist fertig, jetzt fehlen nur noch die Gäste, um das neue Gemeinschafts- und Funktionsgebäude auf der Hellen Platte offiziell zu eröffnen. Doch diese müssen aufgrund der Pandemie leider ausbleiben. Es ist deshalb eine leise Veranstaltung, mit der am Donnerstagmorgen der diakonische Einrichtungsverbund Erlacher Höhe das Gemeinschaftsgebäude in Betrieb nimmt, das zur sozialtherapeutischen Einrichtung Helle Platte in Großerlach-Erlach gehört. Das Vorhaben, mit dem Gebäude die Integration der therapeutischen Einrichtung ins kommunale Gemeinwesen weiter auszubauen, muss aufgrund von Corona noch eine Weile zurückgestellt werden. Sobald es aber die Situation zulasse und Gemeinschaft wieder bedenkenlos möglich sei, so Erlacher Höhe Vorstand Wolfgang Sartorius, werde man dem inklusiven Gedanken Rechnung tragen. Dann soll der lichtdurchflutete Flachdachbau als Gemeinschaftsgebäude im wahrsten Sinn des Wortes genutzt werden: als Veranstaltungsort für kulturelle Ereignisse wie Lesungen und Ausstellungen, politische Diskussionsrunden, Informationsabende und Vorträge, Treffen von örtlichen Vereinen, kirchlichen Gruppen und Sitzungen des Kirchengemeinderats. Vorerst erfüllt das Gebäude, das mit moderner Medientechnik ausgestattet ist, also ausschließlich seinen grundlegenden Zweck und beherbergt den Speisesaal für die Bewohnerinnen, Bewohner und Mitarbeitenden der Sozialtherapie Helle Platte. Dort finden suchtkranke Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten Hilfe und Unterstützung. Die alten Räumlichkeiten waren zu klein geworden. Das neue Gebäude bietet endlich ausreichend Platz, helle Räume – und an klaren Tagen einen herrlichen Fernblick bis nach Stuttgart. „Das Gebäude trägt den Namen „Gute Aussicht.“ Die Bedeutung passt wortwörtlich wie im übertragenen Sinne: für die Menschen, die in der Sozialtherapie an neuen Lebensperspektiven arbeiten“, sagte Wolfgang Sartorius. pm

Neuendettelsau/Schwäbisch Hall. Der Diakoneo-Vorstand hat gemeinsam beschlossen, den mehr als 10.000 Mitarbeitenden des Unternehmens aufgrund deren außerordentlicher Leistung während der Corona-Pandemie noch im Dezember einen „Diakoneo Corona-Bonus“ in Höhe von 250 Euro zu zahlen. Auszubildende erhalten eine Zahlung in Höhe von 225 Euro. Für die Sonderleistung nimmt das Diakonische Sozial- und Gesundheitsunternehmen knapp 2 Millionen Euro in die Hand. pm

Kernen-Stetten. Das Alexander-Stift der Diakonie Stetten wurde aktuell mit dem Otto Heine- mann Preis, der für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf steht, ausgezeichnet. Damit erhielt

das Alexander-Stift den Pflegepreis in der Kategorie bis 2000 Mitarbeitende. Aufgrund der Corona-Pandemie fand die Preisverleihung per Videokonferenz statt. „Das Alexander-Stift war zum zweiten Mal für den Otto Heinemann Preis nominiert. Bereits 2018 erhielten wir eine Urkunde für die Nominierung des Preises. Wir freuen uns sehr über diese Anerkennung und sind stolz als eine Pflegeeinrichtung diese Auszeichnung zu erhalten“, sagt Annette Kober, Referentin der Geschäftsführung und für Personalgewinnung zuständig. Mit dem Otto Heinemann Preis würdigen die spectrumK GmbH in Kooperation mit dem IKK e.V. und dem BKK Dachverband e.V. Arbeitgeber für innovative Ideen sowie beispielhaften Einsatz für die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege. Die ausgezeichneten Unternehmen ermöglichen ihren Mitarbeitenden in besonderer Weise, die Pflege von Angehörigen und den Berufsalltag besser zu bewältigen. Mehrere hundert Firmen bewerben sich laut der Geschäftsführung von spectrumK jährlich um den Preis.

Waiblingen/Kernen-Stetten. Service und hauswirtschaftliche Betreuung: Das Berufsprofil eines Fachpraktikers in der Hauswirtschaft umfasst vielfältige Bereiche. Um die Auszubildenden optimal darauf vorzubereiten und ihnen die nötigen Kompetenzen und Fähigkeiten im Arbeitsalltag zu vermitteln, wollen das Berufsbildungswerk (BBW) Waiblingen und das Alexander-Stift der Diakonie Stetten künftig gemeinsame Wege gehen. „Theorie und Praxis bestmöglich miteinander vereinen - das ist unser Ziel“, sagt Franz-Xaver Baur, Bereichsleiter des Berufsbildungswerkes Waiblingen. Deshalb habe man gemeinsam mit dem Alexander-Stift an einem Konzept gearbeitet, das die Ausbildung im BBW um einen Baustein erweitert und eine möglichst praxisorientierte Ausbildung in realistischem Umfeld ermöglicht. „Für die Ausbildung zum Fachpraktiker Hauswirtschaft müssen unsere Auszubildenden unterschiedlichste Fähigkeiten erlernen und in vielen verschiedenen Handlungsfeldern sicher und kompetent arbeiten“, so Baur weiter. Das Alexander-Stift sei hier genau die richtige Ergänzung für den Praxisbezug. pm

Schwäbisch Hall. Die Jury hat entschieden: Der vdek-Zukunftspreis 2020 geht in diesem Jahr unter anderen an ein Projekt aus Schwäbisch Hall. Das Diak Klinikum wurde für seine Ehrenamtsarbeit in der Gesundheitsversorgung mit 3.000 Euro ausgezeichnet. Rund 70 Projekte hatten sich für den diesjährigen vdek-Zukunftspreis beworben. Das Projekt „Altersgerechte Krankenhausstruktur – Ehrenamtliche unterstützen“ war nach Meinung des Jury-Vorsitzenden Uwe Klemens besonders überzeugend. „Das Projekt dient im besonderen Maße dem Wohl der Patienten“, so der Verbandsvorsitzende. Am Diak Klinikum sind rund 60 Ehrenamtliche in verschiedenen Gruppen im Einsatz.

Stuttgart. Das Qualifizierungsangebot „Gute Sache“ für gemeinnützige Organisationen der Agentur Mehrwert findet auch 2021 wieder statt. Noch bis zum 16. Februar können sich alle gemeinnützige Vereine, Initiativen und Einrichtungen in Baden-Württemberg bewerben, die eine verstärkte Kooperation mit Unternehmen suchen. Die Bewerbung erfolgt formlos mit einer kurzen Beschreibung der Organisation und den Motiven zur Teilnahme an vogelbacher@agentur-mehrwert.de. In einer virtuellen Infoveranstaltung am 26. Januar 2021 von 16 bis 17 Uhr stellt Kathrin Vogelbacher den Ablauf, die Inhalte und Erfolgspotenziale des Qualifizierungsprogramms vor und beantwortet alle Ihre Fragen. Anmeldung per Mail bis zum 22. Januar erfolgt an buckzehr@agentur-mehrwert.de. Der Link zur Einwahl in Zoom wird Ihnen nach der Anmeldung rechtzeitig vorher per E-Mail zugesendet.

Personalnachrichten

Gabriele Hönes ist neue Leiterin der Abteilung Gesundheit, Alter und Pflege im Diakonischen Werk Württemberg. Zuvor war die 55-Jährige Leiterin der ambulanten Dienste BruderhausDiakonie Mobil (BD Mobil). Die gelernte Krankenschwester und langjährige Pflegedienstleitung war seit 2012 für die BruderhausDiakonie tätig: zunächst als Hausleitung im Seniorenzentrum am Markwasen, später zusätzlich als Leitung des neu gegründeten Kompetenzzentrums Pflege. Ab 2016 hatte sie berufsbegleitend Pflegewissenschaften studiert und als Jahrgangsbeste abgeschlossen. Mit der Gründung von BD Mobil übernahm Gabriele Hönes 2018 die geschäftsführende Leitung des Pflegedienstes. Sie begleitete dort den Digitalisierungsprozess und engagierte sich für die Erweiterung des Dienstes für Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung. In der Corona-Krise sorgten sie und ihr Team mit Pandemieplänen und Hygienemaßnahmen dafür, dass die ambulante Pflege aufrechterhalten werden konnte. Eines ihrer wichtigsten Projekte war der Aufbau der ambulanten Pflege-Wohngemeinschaft für Senioren in Hohenstein. bhd

Tanja Herbrik ist neue Vorsitzende des Fachverbandes Arbeitslosenhilfe. Die Mitgliederversammlung des Fachverbandes tagte zum ersten Mal hybrid. wurde zur neuen Vorsitzenden gewählt – digital. Das bisherige Gremium des Fachausschusses wurde mit großem Dank für die bisherige Arbeit einstimmig wieder gewählt. Als wurde Tanja Herbrik vom Kreisdiakonieverband in Esslingen einstimmig gewählt und virtuell wie auch persönlich beglückwünscht. Sie tritt damit in die Fußstapfen von Hannes Finkbeiner als ehemaligem und langjährigem Fachverbandsvorsitzenden. Er hat sich entschlossen, kürzer zu treten und gleichzeitig dem Fachverband Arbeitslosenhilfe in verantwortungsvoller Rolle weiterhin treu zu bleiben. So wurde er einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Gleichzeitig wurde ihm für seine engagierte Arbeit im und für den Fachverband und seiner Vertretung der Themen im Verbandsrat, der arbeitsrechtlichen Kommission und der Kommission für Unternehmensfragen gedankt. np